

Lage bleibt stabil

IW-Verbandsumfrage 2017. Trotz Brexit und Trump erwarten 28 der 48 vom IW Köln befragten Wirtschaftsverbände, dass die Geschäfte ihrer Unternehmen im neuen Jahr etwas oder sogar deutlich besser laufen als 2016. Mit einem schlechteren Ergebnis rechnen nur acht Verbände. Auch die Investitionen entwickeln sich überwiegend stabil – dennoch bleiben sie die Achillesferse der Wirtschaft, wie IW-Direktor Michael Hüther im Interview betont. Hier sei die Politik gefordert, die Rahmenbedingungen zu verbessern.

—> [Seiten 2-4](#)

IW-Verbandsumfrage 2017: Optimismus überwiegt

So viele Wirtschaftsverbände erwarten für ihre Unternehmen 2017 im Vergleich zu 2016 ein ... Produktions- bzw. Geschäftsergebnis



Quelle: IW-Befragung von 48 Wirtschaftsverbänden im November/Dezember 2016
© 2017 IW Medien / iwd

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Jugend im Vorteil

Demografie. In Deutschland werden seit langem zu wenige Kinder geboren. Daher haben junge Jobstarter heute so gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt wie keine Generation vor ihnen. Weil die Berufseinsteiger in den Unternehmen stark gefragt sind, kann die „Generation Z“ ihre Wünsche und Vorstellungen vielfach durchsetzen.

—> [Seite 6](#)

Reallöhne steigen

Tarifpolitik. Für die Arbeitnehmer in Deutschland war 2016 ein gutes Tarifjahr. Die effektiven Bruttostundenlöhne sind in den ersten drei Quartalen im Schnitt um 2,5 Prozent gestiegen. Weil die Inflationsraten niedrig sind, werden die Bruttolöhne 2017 real um gut 2 Prozent zulegen – fast genauso stark wie im vergangenen Jahr.

—> [Seiten 8-9](#)

Deutschland: Schrumpfende Generationen

So viele Millionen Menschen umfasst die ...



Stand: 31.12.2015

Quelle: Statistisches Bundesamt
© 2017 IW Medien / iwd

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Attraktive Städte

Urbanisierung. Die Bevölkerung der Großstädte in Deutschland wird in den kommenden Jahrzehnten überproportional wachsen. Der Prognose des IW Köln zufolge werden die drei untersuchten Metropolen Berlin, München und Frankfurt am Main zudem deutlich weniger altern als die Bundesrepublik insgesamt. Ein Grund: Vor allem junge, gut ausgebildete Menschen zieht es in die Städte.

—> [Seiten 10-11](#)

Der große Seitwärtstrend

IW-Verbandsumfrage 2017. Nach Finanz- und Wirtschaftskrise und anschließender Erholung befindet sich die deutsche Wirtschaft nun seit Jahren in einer relativ stabilen Phase, die wohl auch 2017 anhält: Die Wirtschaftsverbände erwarten überwiegend ein leichtes Wachstum.

Trotz Brexit und der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten ist die Stimmung in der deutschen Wirtschaft weiterhin gut. In 15 von 48 Verbänden ist die Wirtschaftslage laut der IW-Verbandsumfrage sogar besser als zum vergangenen Jahreswechsel (Grafik). Das dürfte hauptsächlich auf die Wachstumsaussichten zurückzuführen sein:

Von den 48 befragten Verbänden erwarten 28 für 2017 einen steigenden Umsatz – an ein deutliches Plus glauben allerdings nur die Bauindustrie, das Handwerk und die Keramische Industrie. Acht Verbände rechnen dagegen mit einem etwas schlechteren Ergebnis als im vergangenen Jahr.

Das betrifft zum Beispiel den Bergbau und die Druckindustrie, die mit strukturellen Veränderungen zu kämpfen haben, sowie die Automobilindustrie, die im Brexit-Votum und in den Regierungswechseln in Italien und den USA Risiken für die Konjunktur sieht. Auch der Finanzsektor ist eher pessimistisch: Vor allem Sparkassen und Volksbanken erwarten wegen der niedrigen Zinsen ein schwächeres Jahr 2017.

Die Finanz- und Versicherungswirtschaft ist zudem eine der Branchen, in denen im neuen Jahr voraussichtlich Stellen gestrichen werden. Insgesamt ändert sich an der guten Lage auf dem Arbeitsmarkt aber wahrscheinlich nur wenig:

Den zwölf Verbänden, die für 2017 einen Stellenabbau erwarten, stehen 15 gegenüber, die von einem Personalzuwachs ausgehen.

Dazu gehören die baunahen Branchen, die wegen der guten Auftragslage zusätzliche Fachkräfte benötigen, aber auch Dienstleistungsverbände wie der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels. Zudem wollen einige Industriezweige mehr Mitarbeiter einstellen.

Auch die Investitionen bleiben überwiegend stabil. Die Mehrheit der befragten Verbände rechnet damit, dass die Unternehmen ihrer Branche in diesem Jahr etwa genauso viel Geld in die Hand nehmen wie 2016. Immerhin 18 Verbände erwarten sogar steigende Investitionen.

Insbesondere die Unternehmen im Dienstleistungssektor wollen im Jahr 2017 mehr investieren – vor allem in die digitale Infrastruktur, die eine immer bedeutendere Rolle spielt. So planen unter anderem Banken und Versicherungen, ihr Kundengeschäft noch stärker zu digitalisieren, um effizienter zu werden. Investitionen zurückfahren wollen nur die Chemische Industrie sowie die Unternehmen im Luft- und Raumfahrzeugbau und in der Kunststoffverarbeitung.

IW-Verbandsumfrage 2017

Ergebnisse der Befragung von 48 deutschen Wirtschaftsverbänden

Wirtschaftszweig

1. Bergbau
2. Energie- und Wasserwirtschaft
3. Mineralölverarbeitung
4. Steine-und-Erden-Industrie
5. Eisen- und Stahlindustrie
6. NE-Metallindustrie
7. Gießereien
8. Chemische Industrie
9. Forschende Pharmaunternehmen
10. Gummiverarbeitung
11. Stahl- und Metallverarbeitung
12. Maschinen- und Anlagenbau
13. Automobilindustrie
14. Luft- und Raumfahrzeugbau
15. Schiffbau und Meerestechnik
16. Elektroindustrie
17. Feinmechanik und Optik
18. Keramische Industrie
19. Glasindustrie
20. Holzverarbeitung
21. Kunststoffverarbeitung
22. Papierverarbeitung
23. Papierfabriken
24. Lederindustrie
25. Druckindustrie
26. Textil- und Modeindustrie
27. Ernährungsindustrie
28. Bauindustrie
29. Baugewerbe
30. Handwerk
31. Entsorgungswirtschaft
32. Groß- und Außenhandel
33. Einzelhandel
34. Speditionen
35. Banken
36. Sparkassen
37. Volksbanken
38. Investment
39. Leasing
40. Versicherungswirtschaft
41. Gastgewerbe
42. Zeitschriftenverlage
43. Tourismus
44. Informationswirtschaft
45. Messewirtschaft
46. Werbewirtschaft
47. Immobilien
48. Privater Rundfunk und Telemedien

Insgesamt

IW-Verbandsumfrage 2017. Im Interview analysiert **Michael Hüther**, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, die Ergebnisse der IW-Verbandsumfrage. Die Politik müsse bessere Investitionsbedingungen schaffen.

„Die Investitionen bleiben die Achillesferse der Wirtschaft“



Foto: Schmauch

Die Verbände erwarten laut IW-Verbandsumfrage für 2017 ein leichtes Wirtschaftswachstum. Ist das mit Blick auf die Trump-Wahl, den Brexit und Terror nicht eine überraschend positive Sicht?

Diese Vorgänge tragen zwar zu einer grundsätzlichen Verunsicherung bei. Bildlich gesprochen ist es aber eher so, als würde man Sand ins Getriebe streuen, ohne es funktionsunfähig zu machen. Wir sehen, dass die Dynamik des Wirtschaftswachstums nicht übermäßig groß ist. Der Tanker fährt mehr oder weniger mit der gleichen Geschwindigkeit wie in den vergangenen drei Jahren.

Die Verbände schätzen die Chancen und Risiken naturgemäß sehr unterschiedlich ein. Für welche Branche hätten Sie mit weniger Optimismus gerechnet?

Etwas überrascht hat mich die Eisen- und Stahlindustrie. Die Stahlbranche hat im ganzen Jahr über Billigimporte aus China geklagt, dieser Struktureffekt schwächt sich zwar ab. Dennoch sieht sie ihre Lage erstaunlicherweise positiver als zum vergangenen Jahreswechsel und strebt eine höhere Produktion sowie mehr Investitionen an. Noch mal ein Stück besser ist es im Maschinen- und Anlagenbau, obwohl der bei den

sonstigen Kennzahlen gar nichts hinzugewonnen hat.

Der Pessimismus welches Verbands hat Sie hingegen verblüfft?

Überraschend negativ sind die Aussichten des Automobilbereichs. Die Branche hat im vergangenen Jahr viele Autos verkauft, auch auf den europäischen Kernmärkten. Gerade im Premiummarkt sind die Zahlen wieder stabil. Der Blick nach vorn ist eingetrübt, es wird sogar eine niedrigere Produktion als 2016 erwartet. Ganz plausibel ist das nicht. Es wird im neuen Jahr auch nicht den großen Schock durch die Elektromobilität geben, der Markt ist noch im Mikrobereich.

18 der 48 Verbände rechnen für 2017 mit einem Investitionsplus. Wird in Deutschland also endlich wieder genug investiert?

Das ist keine große Dynamik. Es ist wichtig, sich die Einzelgeschichten anzusehen. Im Bankensektor haben wir voraussichtlich höhere Investitionen als vor einem Jahr, aber gleichzeitig Beschäftigungsabbau und negative Aussichten. Die Bereiche Informations-, Messe- und Werbewirtschaft wollen investieren, können aber die Volkswirtschaft nicht nach vorne tragen. Gesamtwirtschaftlich relevant und positiv

gestimmt sind die Bauindustrie, das Baugewerbe und der Wohnungsbau. Hinzu kommt der öffentliche Bau, weil die Kommunen wieder mehr Geld zur Verfügung haben. Die Investitionen bleiben aber die Achillesferse der Wirtschaft. Es spiegeln sich hier die hohen politischen Unsicherheiten der Weltmärkte wider. Es wird dort investiert, wo es geschäftspolitisch klar und notwendig ist, aber nicht nach vorn in neue Dinge hinein.

Was kann die Politik tun, um hier Impulse zu setzen?

Die Bundesregierung kann versuchen, die Investitionsbedingungen positiv zu entwickeln. Nach der Dominanz sozial- und verteilungspolitischer Argumente in letzter Zeit wäre nun die Frage nach angemessenen Regulierungen zu stellen. Rein gesamtwirtschaftlich wird die Politik aktuell keinen Druck verspüren, weil sie die Arbeitsmarktzahlen sieht und denkt, sie habe alles richtig gemacht.

Vor allem die Deutsche Bank und Volkswagen kamen 2016 nicht aus den Negativschlagzeilen. Hat „Made in Germany“ gelitten?

Nicht so, wie ich befürchtet hatte. Ich war vor einem Jahr außerordentlich besorgt. Aber so ein Image, das über 100 Jahre alt ist, ist dann doch stabiler.

Aller guten Dinge sind 3,5

Forschungsausgaben. Die deutsche Wirtschaft hat im Jahr 2015 mehr denn je in Forschung und Entwicklung investiert. Doch um zur internationalen Spitze aufzuschließen, reicht das gesamtwirtschaftliche Engagement noch nicht aus. Die Bundesregierung wäre deshalb gut beraten, endlich eine steuerliche Forschungsförderung auf den Weg zu bringen.

Rund 62 Milliarden Euro – diesen Rekordbetrag haben die deutschen Unternehmen 2015 laut Stifterverband in Forschung und Entwicklung (FuE) gesteckt. Das waren fast 10 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Die größte Steigerung gab es in der Auto- und in der Chemiebranche. Auch die auf Vollzeitstellen umgerechnete Zahl der Beschäftigten in der Forschung erreichte mit 416.000 einen neuen Höchststand.

Anlass zur Selbstzufriedenheit besteht aber nicht – im internationalen Vergleich fehlt immer noch ein ganzes Stück bis zu den Top-Plätzen (Grafik):

Mit gesamtwirtschaftlichen FuE-Investitionen von 3,0 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2015 belegt Deutschland im Ranking der OECD-Länder lediglich Rang acht.

Zwar hat die Bundesrepublik in den letzten 15 Jahren zugelegt und schafft mit ihrer aktuellen FuE-Quote auch genau jenen Wert, den die EU bereits im Jahr 2000 im Rahmen ihrer sogenannten Lissabon-Strategie vereinbart hatte. Doch wichtige Konkurrenten im globalen Technologiewettbewerb wie Südkorea, Japan oder auch die skandinavischen Länder liegen immer noch deutlich vor Deutschland.

Wirtschaft und Staat sollten daher alles daran setzen, die FuE-Intensität bis 2020 auf wenigstens 3,5 Prozent der Wirtschaftsleistung zu erhöhen. Dazu müssten aber pro Jahr mindestens 15 Milliarden Euro zusätzlich an Forschungsmitteln aufgebracht werden.

Nun hat zwar auch der Staat seinen FuE-Etat seit 2000 deutlich aufgestockt. Die staatliche Forschungsförderung konzentriert sich jedoch weiterhin auf den Wissenschaftssektor – also auf Hochschulen, außeruniversitäre Forschungsinstitute und bundeseigene Forschungseinrichtungen. Dort wurden im Rahmen der „Exzellenzinitiative“ und des „Pakts für Forschung und Entwicklung“ etliche Milliarden Euro zusätzlich investiert. Die Wirtschaft dagegen hat das Nachsehen:

Seit dem Jahr 2000 ist der Finanzierungsanteil des Staates an den FuE-Aufwendungen der Wirtschaft von 6,9 Prozent auf 3,4 Prozent gesunken – ein Rückgang um mehr als die Hälfte.

Umso wichtiger ist es, dass die öffentliche Hand ihren Teil zur Steigerung der Forschungsausgaben beiträgt. Laut Lissabon-Strategie soll der Staat ein Drittel zu den gesamtwirtschaftlichen Forschungsmitteln beisteuern. Von den pro Jahr zusätzlich mindestens benötigten 15 Milliarden Euro müsste er demnach 5 Milliarden Euro schultern. Die Lösung: eine steuerliche Forschungsförderung. Sie ließe sich so konzipieren, dass sie den Staat genau diese 5 Milliarden Euro kostet. Und sie würde die innovationsfreudigsten Firmen am meisten entlasten.

Forschung: Deutschland verfehlt Spitzenplatz

OECD-Länder mit den aktuell höchsten gesamtwirtschaftlichen Aufwendungen für Forschung und Entwicklung in Prozent der Wirtschaftsleistung

■ Veränderung gegenüber 2000 in Prozentpunkten

Südkorea	4,3	+2,1
Israel	4,1	+0,2
Japan	3,6	+0,6
Finnland	3,2	-0,1
Schweden	3,2	-0,7
Österreich	3,1	+1,2
Dänemark	3,1	+0,8
Deutschland	3,0	+0,6
Taiwan	3,0	+1,1
Schweiz	3,0	+0,7
OECD insgesamt (35 Länder)	2,4	+0,3

Deutschland und Österreich: 2015; Schweiz: 2012; übrige Länder: 2014

Quelle: OECD
© 2017 IW Medien / iwd

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Generation Wunschkonzert

Demografie. Deutschland hat eine der niedrigsten Geburtenraten weltweit. Der chronische Kindermangel hat sich längst auf dem Arbeitsmarkt niedergeschlagen: Junge Jobstarter haben so gute Chancen wie noch nie. In den Unternehmen sind Berufseinsteiger als „knappe Ressource“ so stark nachgefragt, dass sie ihre Wünsche und Vorstellungen vielfach durchsetzen können.

Frauen in Deutschland bekommen im Durchschnitt gerade einmal 1,5 Kinder. Dabei stehen die jungen Menschen insbesondere dann im Fokus, wenn es darum geht, die Zukunftsaussichten einer Volkswirtschaft einzuordnen. Bei solchen Betrachtungen greift man häufig auf das Konstrukt einer „Generation“ zurück, um junge Menschen bestimmter Altersgruppen zusammenzufassen:

- So folgte auf die Babyboomer die **Generation X** – das sind die Jahrgänge 1965 bis 1979.
- Die Generation X wurde von der **Generation Y** (Jahrgänge 1980 bis 1994) abgelöst.
- Die Generation Y wiederum wurde von der **Generation Z** (Jahrgänge 1995 bis 2009) beerbt.

Ob X, Y oder Z: Jeder einzelnen Generation werden eine charakteristische Weltsicht, eine bestimmte Einstellung oder besondere Werte zugesprochen. Studien des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) legen nahe, dass sich viele Unterschiede zwischen den Generationen in puncto Arbeitsleben durch die unterschiedliche Zusammensetzung der Gruppen erklären lassen.

So ist unter den „Ypsilonern“ die Erwerbsbeteiligung der Frauen deutlich höher – und damit beispielsweise auch die Teilzeitquote. Außerdem haben die Angehörigen der

Deutschland: Schrumpfende Generationen

So viele Millionen Menschen umfasst die ...



Stand: 31.12.2015

Quelle: Statistisches Bundesamt
© 2017 IW Medien / iwd

iw Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Generation Y oft höhere formale Bildungsabschlüsse als jene früherer Generationen.

Und was bedeutet all das für die Generation Z, die nun langsam auf den Arbeitsmarkt strömt? Zum einen hält der Trend zu höheren Bildungsabschlüssen an: Heutige Berufseinsteiger haben deutlich häufiger ein Gymnasium und eine Hochschule besucht als die Vertreter früherer Generationen. Gleichzeitig wird die Erwerbsbeteiligung von Frauen aller Voraussicht nach weiter steigen. Am wichtigsten aber ist: Die Generation Z ist zahlenmäßig noch einmal deutlich kleiner als die Generationen X und Y (Grafik):

Die Generation X umfasst nach derzeitigem Stand knapp 17 Millionen, die Generation Y besteht aus rund 15 Millionen, die Generation Z

kommt lediglich noch auf etwas mehr als 12 Millionen.

Das Arbeitskräfteangebot wird sich also weiter verknappen – mit der Folge, dass es jungen Leuten zunehmend leichter fallen wird, ihre Wünsche nach flexiblen oder geringeren Arbeitszeiten gegenüber Arbeitgebern durchzusetzen. Überspitzt formuliert könnte sich die Generation Z zu einer „Generation Wunschkonzert“ entwickeln. Den Hochqualifizierten der Generation Y gelingt die Durchsetzung von eigenen Vorstellungen im Arbeitsleben vielfach schon heute; künftig dürften auch beruflich Qualifizierte ihre Ideen bezüglich der Arbeitsbedingungen besser verwirklichen können, denn für diese Personengruppe treten in letzter Zeit ebenfalls verstärkt Engpässe auf.

Web unter Wasser

Tiefseekabel. Die Lebensadern der Digitalisierung liegen auf dem Meeresgrund. Mehr als 300 Tiefseekabel übertragen Daten in Sekundenbruchteilen von Kontinent zu Kontinent. Aber die digitale Unterwasserwelt ist verletzlich: Zu ihren größten Feinden zählen Anker und Hacker.

Über die Tiefseekabel werden mittlerweile 99 Prozent des interkontinentalen Datenverkehrs abgewickelt – 1995 war es erst die Hälfte. Damals spielten Satelliten noch eine große Rolle – doch diese Technologie ist angesichts des massiv gestiegenen Datenaufkommens zu teuer und zu langsam geworden.

Unter Wasser werden die Daten als Lichtimpulse durch ein Bündel von Glasfasern geleitet, die jeweils so dünn wie menschliche Haare sind.

Ein Unterwasserkabel kann bis zu 80 Terabit Daten pro Sekunde transportieren, das entspricht 2.100 DVDs mit je 4,7 Gigabyte.

Das längste Unterwassernetzwerk ist „SeaMeWe3“ – es verbindet auf 39.000 Kilometern 33 Länder und vier Kontinente, von Westeuropa bis nach Australien und Ostasien. Die meisten Unterseekabel wurden in den 1990er Jahren während des Dotcom-Hypes verlegt. Zwischen 2003 und 2014 kamen auf der transatlantischen Route zwar keine neuen Kabel hinzu. Doch allein durch Upgrades ist die Kapazität in den vergangenen fünf Jahren um das 2,4-Fache gestiegen.

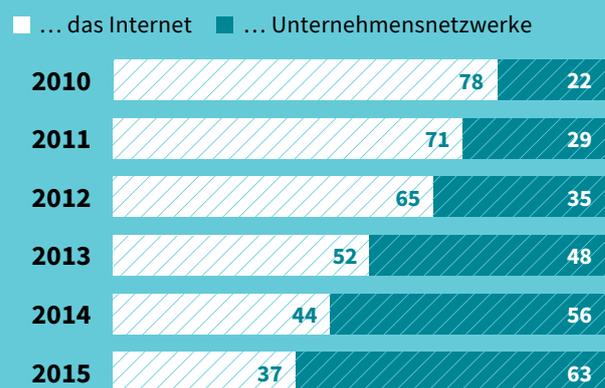
Der Bedarf an schnellen Kabeln vor allem für Firmennetzwerke dürfte in den kommenden Jahren weiter wachsen. Denn die Unternehmen greifen immer stärker via Internet auf Software zu und speichern ihre Daten in der Cloud. Und im Rahmen der Industrie 4.0 tauschen miteinander vernetzte Maschinen und Prozesse immer mehr Daten aus. Die Folge (Grafik):

Im Jahr 2015 entfielen 63 Prozent des transatlantischen Datenverkehrs über Tiefseekabel auf den Informationsaustausch in Firmennetzwerken – fünf Jahre zuvor betrug der Anteil erst 22 Prozent.

Das typische Unterwasserkabel hat nur einen Durchmesser von 17 Millimetern, das entspricht in etwa dem Durchmesser eines Gartenschlauchs. Prinzipiell hält so ein Kabel rund 25 Jahre. Weltweit werden jedoch jedes Jahr ungefähr 100 Kabelbrüche festgestellt. Dann muss

Tiefseekabel: Für Firmen immer wichtiger

So viel Prozent des über Tiefseekabel abgewickelten transatlantischen Datenverkehrs entfielen auf ...



Quelle: TeleGeography
© 2017 IW Medien / iwd

iw Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

der Datenverkehr auf andere Kabel umgeleitet werden, bis ein Spezialschiff die gebrochene Leitung vom Meeresgrund gehoben und repariert hat. In dieser Zeit kann es zu verlängerten Übertragungszeiten oder sogar zu einem teilweisen Ausfall des Internets kommen – wie zum Beispiel 2013 in Ägypten, als Taucher ein Kabel vor der Küste des Landes beschädigten.

Insgesamt aber sind 70 Prozent der registrierten Schäden auf falsch geworfene Anker und Schleppnetze von Fischern zurückzuführen – und das, obwohl die Kabel in den Seekarten eingezeichnet sind. Auch Haie knabbern an den Internetkabeln – seit 2006 wurden allerdings keine Hai-Schäden mehr registriert.

Seit einigen Jahren werden dagegen offenbar immer mehr Kabel manipuliert und sabotiert. Im Verdacht stehen vor allem russische und amerikanische Geheimdienste. Die Betreiber müssen die Tiefseekabel deshalb besser gegen diese Art von Beschädigung schützen.

Reallöhne kräftig gestiegen

Tarifpolitik. Im Jahr 2016 haben die Tarifpartner in den größeren Branchen zumeist mehrstufige Entgelterhöhungen mit langen Laufzeiten vereinbart. Weil die Inflation niedrig ist, sind unterm Strich spürbare Reallohnzuwächse dabei herausgekommen.

Am oberen Rand der Tarifierhöhungen lagen 2016 das bayerische Hotel- und Gaststättengewerbe sowie die Chemische Industrie mit jeweils 3 Prozent in der ersten Stufe (Tabelle Seite 9), dicht gefolgt von der Metall- und Elektro-Industrie mit 2,8 Prozent. In der Zeitarbeitsbranche wurden je nach Vergütungsgruppe sogar 4,0 bis 4,8 Prozent mehr Lohn gewährt – Grund dafür waren die Ost-West-Lohnangleichung und das Erfordernis, das Niveau des gesetzlichen Mindestlohns zu erreichen. Dafür fallen die nachfolgenden Stufenanpassungen durchweg bescheidener aus.

Im Bankgewerbe steigen die Entgelte in drei Stufen um insgesamt 3,7 Prozent, die Laufzeit beträgt 33 Monate. In der Druckindustrie summieren sich die zwei ausgehandelten Stufen bei einer Laufzeit von 29 Monaten auf 3,8 Prozent.

Bemerkenswert am Tarifjahr 2016 ist, dass die Abschlüsse wieder etwas flexibler geworden sind. So sind in der Chemischen Industrie und in der Metall- und Elektro-Industrie Öffnungsklauseln vereinbart worden, die es ertragsschwächeren Betrieben erlauben, den Zeitpunkt der Lohnerhöhung zu verschieben.

Ein Novum ist das Wahlmodell bei der Deutschen Bahn. Damit kann ein Teil der Lohnerhöhung alternativ

ausgezahlt werden – in Form zusätzlicher Urlaubstage oder kürzerer Wochenarbeitszeit. Als Vorbild für andere oder gar alle Branchen eignet sich dieses Modell jedoch nicht, da

es sich vor allem für größere und weniger für kleinere Unternehmen rechnen dürfte.

Die Deutsche Bundesbank hat die einzelnen Ergebnisse des Tarifjahres

Tarifverhandlungen: Kündigungstermine 2017

■ Anzahl der betroffenen Arbeitnehmer in 1.000

Branche

Textilindustrie West	31.1.2017	100
Eisen- und Stahlindustrie Nordwest, Ost	28.2.2017	83
Einzelhandel Hessen, Saarland, Baden-Württemberg	31.3.2017	482
Groß- und Außenhandel Baden-Württemberg, Bayern, Sachsen	31.3.2017	360
Versicherungsgewerbe	31.3.2017	170
Hotel- und Gaststättengewerbe Schleswig-Holstein, Bremen, Sachsen	31.3.2017	64
Einzelhandel Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Bayern	30.4.2017	1.335
Groß- und Außenhandel Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Rhein Hessen, Pfalz, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Thüringen, Sachsen-Anhalt	30.4.2017	719
Kfz-Gewerbe Hessen, Pfalz, Saarland, Berlin/Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen	30.4.2017	113
Hotel- und Gaststättengewerbe Niedersachsen	30.4.2017	45
Textilindustrie Ost	30.4.2017	16
Einzelhandel Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen	31.5.2017	203
Kfz-Gewerbe Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Baden-Württemberg, Bayern, Mecklenburg-Vorpommern	31.5.2017	195
Einzelhandel Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg	30.6.2017	205
Wohnungs- und Immobilienwirtschaft	30.6.2017	64
Papierherstellende Industrie	30.6.2017	50
Hotel- und Gaststättengewerbe Hessen, Mecklenburg-Vorpommern	31.8.2017	78
Hotel- und Gaststättengewerbe Baden-Württemberg	30.9.2017	93
Gebäudereinigerhandwerk	31.10.2017	600
Metall- und Elektro-Industrie	31.12.2017	3.700

2016 in Durchschnittszahlen gegossen – das Ergebnis:

Die Tarifverdienste je Stunde sind in den ersten drei Quartalen 2016 mit 2,1 Prozent etwas weniger stark gestiegen als in den Vorjahren.

Die effektiv gezahlten Bruttostundenlöhne – also einschließlich Sonderzahlungen wie Weihnachtsgeld oder Urlaubsgeld – sind 2015 sowie in den ersten drei Quartalen 2016 um jeweils 2,5 Prozent gestiegen.

Angesichts niedriger Inflationsraten beschert dies den Arbeitnehmern kräftige Reallohnzuwächse:

Im Jahr 2016 sind die Bruttolöhne real um gut 2 Prozent gestiegen, fast so stark wie im Vorjahr.

Im Jahr 2017 geht es zum einen um einige ungelöste Tarifkonflikte von Sparten Gewerkschaften: Die Lokführergewerkschaft GDL ringt mit der Deutschen Bahn um einen Abschluss, die Pilotenvereinigung Cockpit setzt ihren Dauerstreit mit der Lufthansa fort und die Flugbegleitergewerkschaft UFO muss sich mit Eurowings einigen.

Zum anderen stehen Branchentarifverhandlungen an. Die IG Metall geht mit der Forderung von 4,5 Prozent in die Tarifrunde der Textilindustrie, ver.di will für die Bediensteten der Länder 6 Prozent – beides für eine Laufzeit von einem Jahr. In der ver.di-Forderung sind auch soziale Komponenten enthalten: ein Sockel- oder Mindestbetrag, die Einführung einer zusätzlichen Entgeltstufe sowie strukturelle Verbesserungen in der Eingruppierung.

Im öffentlichen Dienst ist der Tarifvertrag bereits Ende Dezember 2016 ausgelaufen, in der Textilindustrie West wurde der Tarifvertrag fristgerecht zum 31. Januar 2017 gekündigt (Tabelle Seite 8).

Im weiteren Jahresverlauf wird vor allem im Dienstleistungssektor verhandelt. Ende März laufen die

Tarifabschlüsse 2016

Entgeltregelungen und sonstige Regelungen (Auswahl)

Branche	Erhöhung in Prozent
Bankgewerbe	Nach fünf Nullmonaten (Mai bis September) stufenweise Erhöhung um 1,5 Prozent ab 1.10.16, weitere 1,1 Prozent ab 1.1.18 und weitere 1,1 Prozent ab 1.11.18; Laufzeit: 33 Monate
Bauhauptgewerbe	Erhöhung um 2,4 Prozent (West) und 2,9 Prozent (Ost) ab 1.5.16 und weitere 2,2 Prozent (West) und 2,4 Prozent (Ost) ab 1.5.17; Laufzeit: 22 Monate
Chemische Industrie	Erhöhung um 3 Prozent regional unterschiedlich ab 1.8., 1.9. bzw. 1.10.16, weitere 2,3 Prozent ab 1.9., 1.10. bzw. 1.11.17; Laufzeit: 24 Monate
Deutsche Bahn AG (EVG)	550 Euro Pauschale für Oktober 2016 bis März 2017, Erhöhung um 2,5 Prozent ab 1.4.17, weitere 2,62 Prozent Stufenerhöhung als Wahlmodell (Entgelterhöhung oder sechs zusätzliche Urlaubstage oder eine Stunde Verkürzung der Wochenarbeitszeit) ab 1.1.18; Laufzeit: 24 Monate
Deutsche Telekom AG	Nach zwei Nullmonaten (Februar und März) 2,6 oder 2,2 Prozent ab 1.4.16 (vergütungsgruppenabhängig), weitere 2,1 Prozent ab 1.4.17; Laufzeit: 24 Monate
Druckindustrie	Nach drei Nullmonaten (April bis Juni) 2 Prozent ab 1.7.16, weitere 1,8 Prozent ab 1.8.17; Laufzeit: 29 Monate
Hotel- und Gaststätten-gewerbe Bayern	Nach zwei Nullmonaten (Februar und März) 40 Euro Pauschale für April, Erhöhung um 3 Prozent ab 1.5.16, weitere 2 Prozent ab 1.5.17; Laufzeit: 27 Monate
Metall- und Elektro-Industrie	150 Euro Pauschale insgesamt für April bis Juni, Erhöhung um 2,8 Prozent ab 1.7.16, weitere 2 Prozent ab 1.4.17; Laufzeit: 21 Monate
Öffentlicher Dienst Bund und Gemeinden	Erhöhung um 2,4 Prozent ab 1.3.16, weitere 2,35 Prozent ab 1.2.17; Laufzeit: 24 Monate
Süßwarenindustrie Ost	Erhöhung um 2,7 Prozent ab 1.1.2016, weitere 2,4 Prozent ab 1.1.2017; Laufzeit: 24 Monate
Zeitarbeit	Nach zwei Nullmonaten (Januar und Februar) Erhöhung der Entgelte um 2,5 Prozent (West) und 4 bis 4,82 Prozent (Ost) ab 1.3.17, weitere 2,8 Prozent (West) und 4 Prozent (Ost) ab 1.4.18 und weitere 3 bis 3,2 Prozent (West) und 3,5 Prozent (Ost) Stufenerhöhung ab 1.4.19; Laufzeit: 36 Monate

Quelle: WSI-Tarifarchiv
© 2017 IW Medien / iwd

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

ersten regionalen Tarifverträge im Einzelhandel, im Groß- und Außenhandel, in der Versicherungswirtschaft sowie im Hotel- und Gaststättengewerbe aus; im April folgen das Kfz-Gewerbe und die ostdeutsche Textilindustrie, im Juni dann die Immobilienwirtschaft und im

Oktober das Gebäudereinigerhandwerk. Zum Jahresende folgt schließlich noch die größte deutsche Industriebranche, die Metall- und Elektro-Industrie. Dort werden die Verhandlungen aber erst 2018 an Fahrt aufnehmen.

Deutsche Städte locken

Urbanisierung. *Alle wollen in die Städte – davon können Wohnungssuchende in München, Berlin und Frankfurt schon heute ein Lied singen. Was auf die drei deutschen Metropolen zukommen wird, hat das IW Köln in einer Bevölkerungsprognose untersucht.*

Deutschland wächst wieder: Nach der jüngsten Volkszählung, dem Zensus 2011, hatte die Bundesrepublik 80,8 Millionen Einwohner. Ende 2015 waren es 82,2 Millionen. Allein seit 2014 hat Deutschland eine Million Bürger dazubekommen.

Zurückzuführen ist das ausschließlich auf die Zuwanderer aus dem Ausland. Insgesamt sind 2015 rund zwei Millionen Menschen nach Deutschland gezogen; die eine Hälfte kam als Flüchtlinge, die andere zum Beispiel aufgrund der Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU oder um zu studieren. Weil auch eine knappe Million Menschen fortgezogen ist, lag die Nettozuwanderung im Jahr 2015 bei 1,1 Millionen.

Die Bevölkerungsprognose des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) berücksichtigt die gestiegene Zuwanderung: Im Jahr 2035 könnte Deutschland laut IW Köln mehr als 83 Millionen Einwohner haben, zwischenzeitlich sogar an der 84-Millionen-Marke kratzen (siehe iwd 21/2016).

Dieser Bevölkerungszuwachs verteilt sich jedoch keineswegs gleichmäßig übers Land. Weil Deutschlands Wirtschaftszentren und die Hauptstadt bei In- wie Ausländern gleichermaßen begehrt sind, wird die Einwohnerzahl dieser Großstädte weit überproportional zunehmen. Was dahintersteckt:

- **Junge Menschen** gehen zum Beispiel nach Berlin, Hamburg, München, Köln und Frankfurt, um dort zu studieren, eine Ausbildung zu absolvieren oder einen ersten Job anzunehmen.

- **Frischgebackene Rentner** zieht es in die Großstädte, weil sie das kulturelle Angebot und den gut ausgebauten öffentlichen Nahverkehr schätzen.

- Konzernzentralen und unternehmensnahe Dienstleister bieten viele anspruchsvolle Arbeitsplätze für **hochqualifizierte Erwerbstätige**.

- Auch die **Geflüchteten und anderen Zuwanderer** zieht es in die überregionalen Zentren, weil dort Verwandte leben oder sich eine Gemeinschaft aus Landsleuten gebildet hat.

- Teilweise verzeichnen Großstädte – anders als viele andere Regionen in Deutschland – sogar natürliche Bevölkerungsgewinne, es werden also **mehr Menschen geboren als sterben**.

Das IW Köln hat exemplarisch für drei der sogenannten A-Städte – das sind die sieben größten deutschen Städte – untersucht, was ihnen die Zukunft bringt. Die Ergebnisse:

Berlin ist auf dem Weg zur 4-Millionen-Stadt. Im Jahr 2035 leben voraussichtlich 14,5 Prozent mehr Menschen in der Bundeshauptstadt als derzeit (Grafik). Damit

übertrüfe das Berliner Bevölkerungswachstum das deutsche um den Faktor 13. Berlin wird zudem kaum älter. Dank der hohen Zuwanderung entsteht ein ausgeprägter Schwerpunkt in der Altersgruppe der 30-Jährigen, die Babyboomer der Geburtsjahrgänge nach 1955 bilden dann nur noch die zweitgrößte Bevölkerungsgruppe.

Das Durchschnittsalter der Berliner klettert von 2016 bis 2035 gerade einmal um gut zwei Monate auf 42,2 Jahre.

Im Schnitt altert Deutschland dagegen um drei Jahre – und wird 2035 bereits 46,7 Jahre auf dem Buckel haben.

München bleibt besonders jung. Die bayerische Landeshauptstadt profitiert vor allem von ihrer Wirtschaftsstärke und der hohen Lebensqualität. Der Durchschnitts-Münchener wird 2035 lediglich 41,4 Jahre alt sein. Es werden noch mehr unter 15-Jährige an der Isar leben als in den beiden anderen untersuchten Metropolen – und weniger Menschen im Rentenalter.

Während in München im Jahr 2035 jeder fünfte Einwohner jünger als 15 Jahre sein wird, gilt das deutschlandweit dann gerade noch für jeden achten.

Die Bevölkerung der größten süddeutschen Stadt legt der IW-Prognose zufolge prozentual fast so

stark zu wie die Berlins. In 20 Jahren könnte München 1,66 Millionen Einwohner zählen – gut 200.000 mehr als heute.

Frankfurt am Main ist schon in den vergangenen Jahren spürbar gewachsen. Jahrzehntelang auf etwa 650.000 Einwohner abonniert, fiel 2013 die 700.000er-Marke. Inzwischen leben fast 733.000 Menschen in der heute mit einem Durchschnittsalter von 40,2 Jahren jüngsten der drei verglichenen Großstädte.

Auch Frankfurt gewinnt bis 2035 überproportional viele Einwohner dazu und altert weniger stark als der Rest der Republik. Mit München und Berlin kann die Bankenmetropole allerdings nicht mithalten – aus

einem einfachen Grund: Demnächst werden nicht mehr ganz so viele Menschen wie derzeit nach Frankfurt ziehen, was auch den Verjüngungseffekt dämpft. Gleichwohl ist 2035 mit mehr als 800.000 Menschen in Frankfurt zu rechnen.

Diese Prognosen liefern den Lokalpolitikern wichtige Hinweise, worum sie sich in näherer Zukunft kümmern sollten – beispielsweise den Bedarf an Wohnungen und Kinderbetreuungsplätzen sowie den öffentlichen Nahverkehr.

Dabei geht es jedoch vor allem um die Tendenz, denn gerade für Großstädte sind Vorhersagen mit hohen Unsicherheiten behaftet. So spielt die wirtschaftliche Entwicklung eine

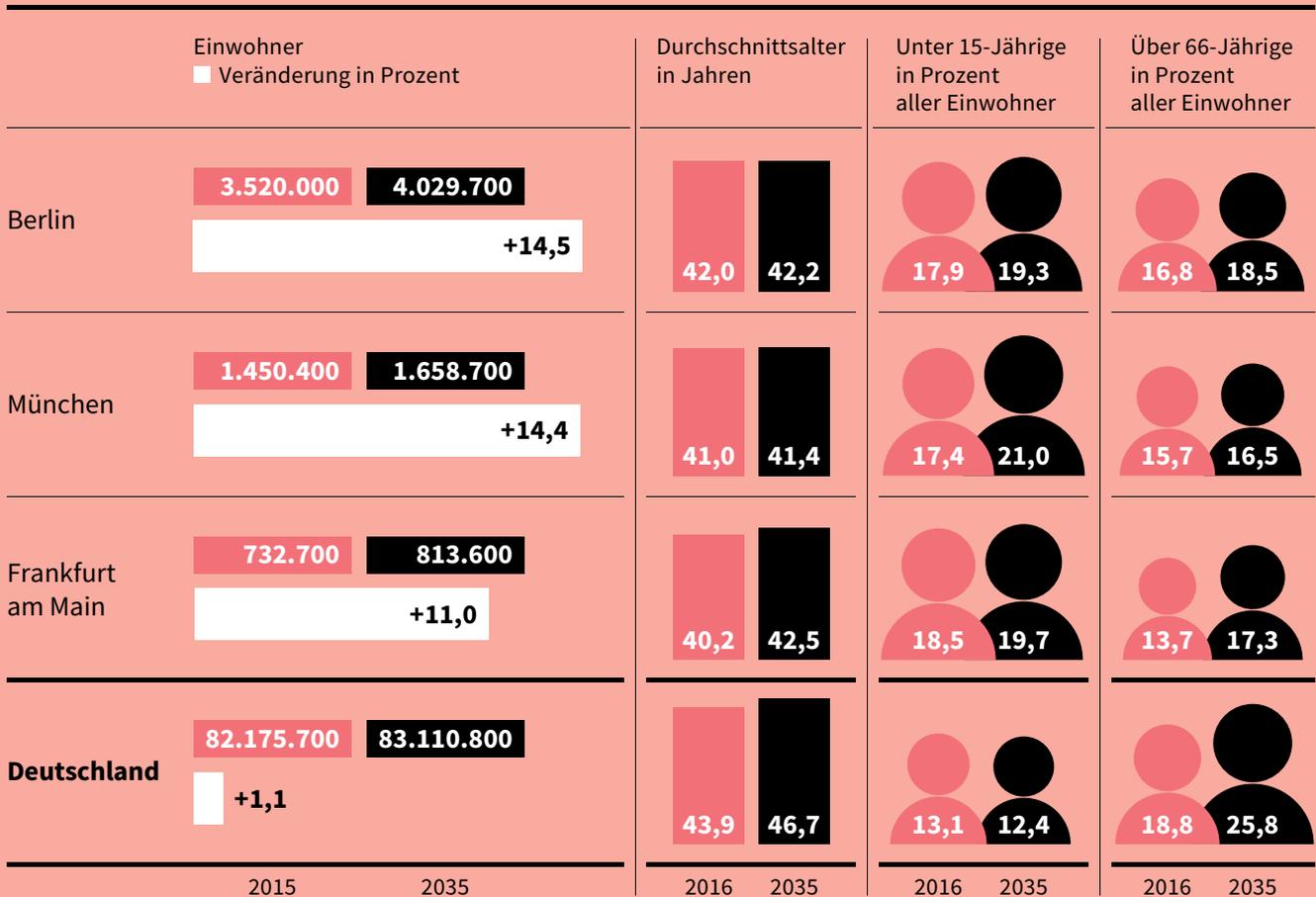
wichtige Rolle, aber auch das Zusammenwirken von Angebot und Nachfrage. Heute lässt sich noch nicht sagen, ob in den Städten genug neue Wohnungen gebaut werden (können), um alle Wünsche zu befriedigen. Es ist aber auch nicht klar, ob die gentrifizierten Innenstadtquartiere in 20 Jahren überhaupt noch angesagt sind oder sich der Fokus wieder auf das Umland verlagert.

IW-Report 39/2016

Philipp Deschermeier: Die Großstädte im Wachstumsmodus – Stochastische Bevölkerungsprognosen für Berlin, München und Frankfurt am Main bis 2035
iwkoeln.de/wachstum_grossstaedte

Jungbrunnen Großstadt

IW-Bevölkerungsprognose



Quellen: Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Statistisches Bundesamt
 © 2017 IW Medien / iwd

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Chefredakteur: Ulrich von Lampe
(verantwortlich)
Stellv. Chefredakteur: Jork Herrmann
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef),
Irina Berenfeld, Carsten Ruge, Berit Schmiedendorf,
Sara Schwedmann, Alexander Weber
Redaktionsassistent: Ines Pelzer
Grafik: IW Medien GmbH
Telefon: 0221 4981-523
Fax: 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de
Bezugspreis:
€ 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten,
inkl. Mehrwertsteuer,
Erscheinungsweise 14-täglich

Abo-Service: Therese Hartmann,
Telefon: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag:
Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445
Druck: Henke GmbH, Brühl

Rechte für den Nachdruck oder die
elektronische Verwertung über:
lizenzen@iwkoeln.de

iw.köln.wissen
SCHAFFT KOMPETENZ.

Top-Liste: Reisen und speisen

Skifahrer, die die Schweizer Gipfel erkunden wollen, haben sich längst auf die horrenden Lebensmittelpreise in der Alpenrepublik eingestellt. Weil die Eidgenossen 72 Prozent mehr für ihre Nahrungsmittel berappen müssen als der EU-Durchschnittsbürger, funktionieren Holländer, Franzosen und Deutsche ihre Autos oft zu regelrechten Food-Trucks um, wenn sie das Matterhorn oder die Jungfrau anpeilen. In den Skigebieten Mazedoniens oder Polens lohnt sich der Aufwand, umfangreiche Lebensmittelvorräte mitzunehmen, für ausländische Urlauber dagegen nicht. In Polen beispielweise bekommt man für den Preis eines Schweizer Brötchens, also eines Brötchens, gleich drei Bułki – vorausgesetzt, man kann es korrekt aussprechen [ˈbuwci].

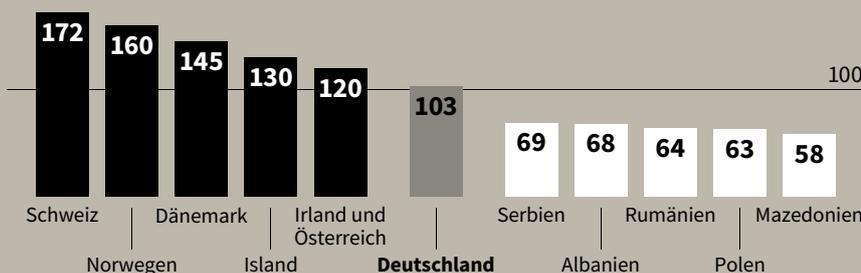
Zahl der Woche



haben die Unternehmen des deutschen Produzierenden Gewerbes im Jahr 2014 (neueste Zahlen) in Sachanlagen für den Umweltschutz investiert. Von diesem Rekordbetrag entfielen allein 3,2 Milliarden Euro auf den Gewässerschutz, zum Beispiel für Neutralisations- und Kläranlagen. Zweitgrößter Posten war mit 2,7 Milliarden Euro der Klimaschutz.

Nahrungsmittel: Teure Brötli, günstige Bułki

So hoch war das Preisniveau für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke 2015 im Vergleich von 38 europäischen Ländern, EU-28 = 100



Quellen: Bundesamt für Statistik (Schweiz), Eurostat
© 2017 IW Medien / iwd

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Neu auf iwd.de: Große Lücken in der Kinderbetreuung

In Deutschland fehlen derzeit fast 230.000 Betreuungsplätze für unter Dreijährige – damit sind gut 10 Prozent der Kinder in dieser Altersgruppe entgegen den Wünschen ihrer Eltern unversorgt. Ein neuer Artikel auf iwd.de zeigt, in welchen Bundesländern die Betreuungslücken besonders groß sind, und beleuchtet deren Ursachen. Ein weiterer Fokus liegt auf der Betreuungsqualität, denn vor allem in den östlichen Bundesländern ist die Personalausstattung in den Kitas noch immer unbefriedigend.

